

**Zeitschrift:** bulletin.ch / Electrosuisse

**Herausgeber:** Electrosuisse

**Band:** 98 (2007)

**Heft:** 14

**Rubrik:** Politik und Gesellschaft = Politique et société

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe gilt per 1. Januar 2008

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Brennstoffen sind im Jahr 2006 gegenüber 1990 um 4,6% zurückgegangen. Damit wurde das von Parlament und Bundesrat definierte Emissionsreduktionsziel von mindestens 6% verfehlt. Aus diesem Grund wird ab Januar 2008 eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf fossile Brennstoffe (Heizöl, Erdgas) von 12 CHF pro Tonne CO<sub>2</sub>-Emissionen erhoben.

Diese Massnahme soll dazu beitragen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter zu senken, und es der Schweiz erlauben, ihre Verpflichtungen gemäss Kyoto-Protokoll zu erfüllen. Sie schafft Anreize für die Unternehmen und

die Bevölkerung, sowohl fossile Brennstoffe effizienter zu nutzen als auch in erneuerbare Energien zu investieren.

Die Einführung der Abgabe entspricht den Beschlüssen des Parlaments und des Bun-

desrats vom März 2007 bzw. vom Juni 2007. Gemäss CO<sub>2</sub>-Verordnung muss die Abgabe im Januar 2008 eingeführt werden, sofern die brennstoffbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2006 nicht um mindestens 6% gegenüber dem Stand von 1990 gesunken sind.

Die am 28. Juni vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) veröffentlichte CO<sub>2</sub>-Statistik basiert auf den Daten der Gesamtenergiestatistik des Bundesamtes für Energie (BFE). Sie zeigt, dass dieses Ziel verfehlt wurde. Im Jahr 2006 betrug der CO<sub>2</sub>-Ausstoss 95,4% der Emissionen des Jahres 1990, während der Zielwert bei 94% lag. Der Energieverbrauch ist zwar zwischen 2005 und 2006 zurückgegangen, der milde Winter hätte jedoch zu einem stärkeren Rückgang führen sollen, wie die CO<sub>2</sub>-Statistik zeigt.

### 12 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub>-Emissionen

Ab 1. Januar 2008 wird die Oberzöldirektion auf importierte fossile Brennstoffe eine Abgabe von 12 CHF pro Tonne CO<sub>2</sub>-Emissionen erheben. Dies entspricht rund 3 Rappen pro Liter Heizöl bzw. 2,5 Rappen pro Kubikmeter Gas. Auf Holz und Biomasse wird keine Abgabe erhoben, da diese CO<sub>2</sub>-neutral sind: Bei ihrer Verbrennung wird gleich viel CO<sub>2</sub> freigesetzt, wie während ihres Wachstums bzw. bei ihrer Entstehung gebunden wurde.

Der Abgabesatz wurde vom Parlament beschlossen und vom Bundesrat genehmigt. Falls sich die Emissionen nicht in ausreichendem Masse verringern, wird der Abgabesatz 2009 und 2010 stufenweise erhöht.

Bei der Abgabe handelt es sich nicht um eine Steuer, sondern um einen Anreizmechanismus. Die Abgabearlöte werden deshalb den Bürgerinnen und Bürgern über die Krankenkassen und den Unternehmen proportional zur Lohnsumme zurückverteilt. Die Einnahmen des Jahres 2008 werden 2010 rückverteilt.

### Vom Kyoto-Protokoll zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

Im Kampf gegen die Klimaänderungen hat sich die Schweiz im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, zwischen 2008 und 2012 ihre Treibhausgasemissionen um 8% gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Da der überwiegende Anteil der schweizerischen Treibhausgasemissionen auf CO<sub>2</sub> entfällt (über 80%), hat die Schweiz im CO<sub>2</sub>-Gesetz ein spezifisches Reduktionsziel definiert.



Heizen mit fossilen Brennstoffen wird per 1. Januar 2008 teurer.

onsziel für dieses Gas festgelegt. Bis 2010 müssen die Emissionen gegenüber 1990 um 10 Prozent verringert werden.

Da sich dieses Ziel mit freiwilligen Massnahmen allein nicht erreichen lässt, hat der Bundesrat weitere Massnahmen beschlossen: Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe, Erhebung eines Klimarappens auf Treibstoffen auf privatwirtschaftlicher Ebene (Stiftung Klimarappen) und steuerliche Begünstigung von Biotreibstoffen. Diese zusätzlichen Massnahmen und die bereits in Kraft gesetzten Vorkehrungen sollten es der Schweiz erlauben, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen. (BAFU/kl)

### Stellungnahmen zur CO<sub>2</sub>-Abgabe

Dem Vorstand der Grünen Schweiz geht die CO<sub>2</sub>-Abgabe per 1. Januar 2008 nicht weit genug. Er ordnet Handlungsbedarf bei den grauen Emissionen und hat deshalb am 23. Juni in Bern einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der er eine Erweiterung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf die grauen Emissionen fordert. In einem Vorschlag der Grünen Fraktion wird der Bundesrat gebeten, über die Möglichkeiten einer solchen Erweiterung der CO<sub>2</sub>-Abgabe einen Bericht zu erstellen.

Der Hauseigentümerverband (HEV) stellt die Berechnungen des UVEK in Frage. Dass der Verbrauch 2006 trotz des vergangenen, milden Winters auf 95,5% angestiegen sein soll, sei sachlich kaum nachvollziehbar, insbesondere weil der vom Bund ermittelte Heizölverbrauch auf reinen Schätzungen beruhe, deren Grundlagen und Berechnungsmethodik der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben würden, bemängelt der HEV. Aus diesem Grund reichte Nationalrat Rudolf Steiner, Präsident HEV Schweiz, eine Motion ein, die den Bundesrat beauftragt, die fehlerhafte CO<sub>2</sub>-Emissionsstatistik zu revidieren und auf eine Basis zu stellen, die im Einklang mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz stehe.

Der Verein Holzenergie Schweiz setzt sich seit langem für die CO<sub>2</sub>-Abgabe ein und zeigt sich erfreut über deren Einführung per 1. Januar 2008. «Die Höhe der Abgabe wird 2009 voraussichtlich verdoppelt und 2010 verdreifacht werden. Damit verteuernt sich die Klimaschädigenden fossilen Energien sehr schnell und spürbar. Die Holzenergie dagegen ist von der Abgabe befreit, da sie CO<sub>2</sub>-neutral ist», schreibt der Verein in einer Pressemitteilung vom 28. Juni. (kl)

## Energienotizen aus Bern



### Fonds publics consacrés à la recherche énergétique restent à un niveau très bas

Les dépenses des collectivités publiques pour la recherche énergétique ont été à nouveau très basses en 2006: seuls quelque 165 millions de francs ont été engagés dans des projets de recherche et de développement porteurs d'avenir, dont 10 millions ont été consacrés à des installations pilotes et de démonstration. C'est ce qui ressort du rapport annuel sur la recherche énergétique 2006 publié aujourd'hui. Dans son rapport annuel également publié aujourd'hui, la Commission fédérale pour la recherche énergétique (CORE) souligne l'importance de la recherche dans la politique énergétique suisse et les risques qu'induirait une poursuite de la tendance à la baisse du budget. (BFE/kl)

### StromVG: Verordnungen gehen in Vernehmlassung

Der Bundesrat hat am 27. Juni die Vernehmlassung zu zwei Verordnungsentwürfen eröffnet. Die neue Stromversorgungsverordnung konkretisiert die Bedingungen, zu welchen die Elektrizitätsnetze von Dritten genutzt werden dürfen, sowie das dafür zu leistende Entgelt. Die revidierte Energieverordnung legt die Vergütungen für die Einspeisung von Elektrizität aus erneuerbaren Energien fest. Die Vernehmlassung dauert bis zum 15. Oktober 2007. (BFE/kl)

### EnergieSchweiz: Wirkung stark verbessert

EnergieSchweiz hat an der Bilanz- und Strategiekonferenz vom 26./27. Juni 2007 die Resultate der Wirkungsanalyse für das Jahr 2006 sowie die neue Plattform für Energieeffizienz veröffentlicht. Die energetischen Wirkungen des Programms stiegen gegenüber dem Vorjahr um fast 23 Prozent und damit auf den höchsten Stand seit dem Start von EnergieSchweiz im Jahr 2001. Mit der neuen Plattform für Energieeffizienz sollen die bisherigen Aktivitäten des Programms weiter verstärkt werden. (BFE/kl)

### Bundesrat hat Totalrevision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes verabschiedet

Hauptpfeiler der Revision sind die Verbesserung des Opferschutzes durch die Erhöhung der Deckungssumme von bisher 1 Milliarde auf 1.8 Milliarden Franken sowie die Anpassung des KHG an die internationalen Übereinkommen von Paris und Brüssel im Bereich der Kernenergiehaftung. Mit der Totalrevision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes (KHG) von 1983 soll der Opferschutz insbesondere in zwei Bereichen verbessert werden: die Erhöhung der Deckungssumme und die Ratifizierung von internationalen Übereinkommen. (BFE/kl)

## La Fondation Centime Climatique atteindra clairement ses objectifs de réduction de CO<sub>2</sub>

La Fondation Centime Climatique a soumis le 29 juin auprès du Département fédéral de l'Environnement, des Transports, de l'Energie et de la Communication (DETEC) son plan d'affaire définitif. Selon celui-ci, avec une réduction de 12,8 millions de tonnes de CO<sub>2</sub>, elle atteindra clairement les objectifs qui lui ont été fixés. Avec les trois programmes Bâtiments, Financement de projets et Conventions d'objectifs, la Fondation réduit en Suisse 2,6 millions de tonnes de CO<sub>2</sub>. A l'étranger, la Fondation Centime Climatique acquiert 10,2 millions de certificats de Kyoto issus de projets de haute qualité.

Opérationnelle depuis le 1<sup>er</sup> octobre 2005, la Fondation Centime Climatique s'est engagée auprès de la Confédération à réaliser au cours de la période 2008 à 2012 des réductions d'émissions de CO<sub>2</sub> d'un volume de 9 millions de tonnes. A cet effet, la Fondation Centime Climatique dispose depuis le 1<sup>er</sup> octobre 2005 de revenus annuels d'environ 100 millions de francs, provenant d'une redevance prélevée à raison de 1,5

centimes par litre sur les importations d'essence et d'huile de diesel. Au total, la Fondation dispose selon toutes prévisions d'ici fin 2012 de moyens à hauteur de 735 millions de francs. 375 millions de francs en seront investis dans des projets nationaux relevant des domaines de la rénovation des bâtiments, des transports, de la chaleur industrielle, de l'utilisation de la chaleur résiduelle et de la chaleur ambiante. A l'étranger, 210 millions de francs seront affectés à l'achat de certificats de Kyoto issus de projets de haute qualité. Il demeure une réserve stratégique de 112 millions de francs, dont le Conseil de fondation ne décidera l'affectation qu'après l'approbation du plan d'affaire par le Conseil fédéral.

Les dépenses liées à l'acquisition des réductions d'émissions resp. des certificats se montent à 24 millions de francs. S'y ajoutent 14 millions de francs pour l'opération du Secrétariat. Ces moyens non affectés directement à des projets correspondent à une part des moyens disponibles de 5,2 pour cent.

## Nachfrage nach Biokraftstoffen steigt und damit die Preise von Agrarprodukten

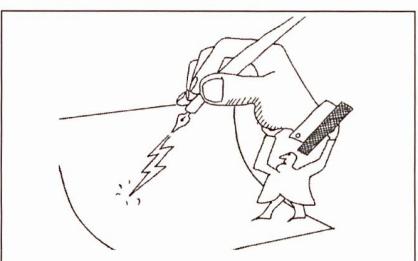
Die wachsende Nachfrage nach Bio-kraftstoffen verursacht grundlegende Verschiebungen an den Weltagarmärkten und dürfte die Weltmarktpreise für viele Agrarprodukte nach oben treiben. Das geht aus der diesjährigen Ausgabe des OECD-FAO Agricultural Outlook hervor, den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Welternährungsorganisation (FAO) am 4. Juli in Paris vorstellten. Der Bericht kommt zum Schluss, dass temporäre Faktoren wie Dürren in Getreideanbaugebieten und geringe Lagerbestände im Grossen und Ganzen die jüngsten Preissprünge bei Agrarerzeugnissen erklären. Auf lange Sicht vollziehen sich

jedoch strukturelle Veränderungen, die für die kommende Dekade für anhaltend hohe Preise sorgen könnten.

Verringerte Ernteüberschüsse und ein Rückgang der Exportsubventionen tragen zu diesen langfristigen Veränderungen an den Agrarmärkten bei. Weit bedeutender ist aber der zunehmende Anbau von Getreide, Zucker, Ölsaaten und Pflanzenölen für die Produktion von Ethanol und Biodiesel, mit der Absicht, fossile Kraftstoffe zu ersetzen. Dies führt zu einem Anstieg der Preise im Ackerbau und indirekt über Preissteigerungen bei Futtermitteln auch zu höheren Preisen für tierische Produkte. (OECD/k)



Produktion und Preis von Ölsaaten steigen.



## Mit Volldampf nach Altstetten

«Das Tram ist umweltschädlicher als der Bus» steht im Hochglanzfaltblatt der Stadt Zürich. Ich sitze am Küchentisch und versuche, mir mithilfe der Abstimmungsvorlagen ein Bild vom Projekt der neuen Tramlinie zwischen Escherwyssplatz und Altstetten zu machen. Ein Objektkredit von 59 Mio. CHF soll gesprochen werden, und für so viel Geld wird natürlich jedes Argument ins Feld geführt. Ich arbeite mich durch die Stellungnahme der Gemeinderatsminderheit, welche die neue Tramlinie nicht will: Pro Personenkilometer verbraucht das Tram 310 KJ, ein Bus rund 230 KJ, sagen die Tramegner. «Zudem», steht da, «fährt das Tram mehrheitlich mit Atomstrom und künftig vermehrt mit Strom aus dem Ausland aus unkontrollierbarer Quelle (Kohlekraftwerke)». Das kontern die Befürworter mit anderen, tieferen KJ-Werten zugunsten des Trams und der Begründung: «Tram und Trolleybus fahren mit dem gleichen Strom, nicht mit Atomstrom, sondern mit ewz.naturpower – d.h. vorwiegend mit Wasser – und ohne Kernkraft.» So viel Widerspruch verwirrt mich. Wenn Tram und Bus beide mit Strom fahren, wie können dann die Gegner behaupten, das Tram sei umweltschädlicher als der Bus? Doch was, wenn der Strom in Zukunft tatsächlich importiert wird und aus Kohlekraftwerken kommt? «Kohlekraftwerk» beschriften? Sollte man dann nicht eher eine mit Kohle betriebene Dampfbahn (ich bin auch ein Kohlekraftwerk) vom Escherwyssplatz nach Altstetten bauen und Trolleybus wie Tram einfach sausen lassen? Vielleicht würde das ja einen schönen Kontrast schaffen zu den modernen Bauten, die auf dieser Strecke entstehen sollen? Die Strecke Escherwyssplatz–Altstetten würde zur Touristenattraktion und gar den Glacier-Express konkurrenzieren. So oder so: Die Stadtzürcher haben die Vorlage angenommen, und ich habe bereits 17 000 Unterschriften für die Initiative «pro Dampfbahn Escherwyssplatz–Altstetten» gesammelt. (Ch. Stalder)

## AVES unterstützt Energiepolitik des Bundesrats

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik (AVES) unterstützt die neue bundesrätliche Energiepolitik und deren Vier-Säulen-Strategie. Schwerpunkt dieser Neuausrichtung müsste die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit sein. Zur Schliessung der drohenden Stromlücke sei die unverzügliche Projektierung von Grosskraftwerken in der Schweiz dringlich. Die AVES befürwortet den Bau neuer Kernkraftwerke vorzugsweise an den bisherigen Standorten. Spätestens 2011 müsste eine erste Volksabstimmung über die Rahmenbewilligung für den (Ersatz-)Bau eines Kernkraftwerkes durchgeführt werden.

Die AVES hatte an ihrer Delegiertenversammlung im Juni den (Ersatz-)Bau von drei Kernkraftwerken in der Gröszenordnung von je 1000 bis 1600 MW vorgeschlagen. Die neuen KKW sollten die ältesten Werke (Beznau I und II, Mühleberg und schliesslich Gösgen) ersetzen und zeitlich ungefähr in einem Zehn-Jahres-Rhythmus ans Netz gehen, also 2020, 2030 und 2040. (AVES/k)

## Nationale Alleingänge bringen wenig für den Klimaschutz

«Nationale Alleingänge zur CO<sub>2</sub>-Minderung leisten nur einen geringen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz, schwächen aber die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wirkungsvoller Klimaschutz muss auf internationaler Basis vorangetrieben werden und braucht Instrumente, die weltweit wirken.» Das erklärte Eberhard Meller, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), in einer ersten Stellungnahme zum Gesetzesentwurf für das Zuteilungsgesetz zum Emissionshandel.

Meller kritisierte die geplante überdurchschnittliche Belastung der deutschen

## Les barrages ont protégé la population lors des intempéries de 2005

Les intempéries d'août 2005 ont causé la mort de six personnes et des dégâts matériels qui ont dépassé les 3 milliards de CHF. Dans une étude publiée par l'Office fédéral de l'énergie, il est démontré que les inondations auraient été encore plus sévères si les barrages n'avaient pas retenu d'importantes quantités d'eau.

L'étude montre que les ouvrages d'accumulation ont stocké des volumes de 8 Mio. m<sup>3</sup> pour la Reuss, 10 Mio. m<sup>3</sup> pour la Linth, 20 Mio. m<sup>3</sup> pour la Sarine et 19 Mio. m<sup>3</sup> pour l'Aare. Les pointes de débit ont

ainsi été réduites de 11% dans la Reuss, 23% dans la Linth, 11% dans la Sarine et 23% dans l'Aare.

L'étude souligne clairement l'effet positif qu'ont joué les ouvrages d'accumulation sur la protection des biens et des personnes lors de la crue d'août 2005. Il est cependant relevé qu'un tel effet positif ne peut pas être garanti en toute circonstance du fait que des précipitations exceptionnelles peuvent se produire dans des périodes où les retenues sont à un taux de remplissage plus élevé que ce qui était le cas en août 2005. (OFEN/sh)



Les barrages retiennent d'importantes quantités d'eau.

Stromwirtschaft und ihrer Kunden in der zweiten Handelsperiode ab 2008. Die massive Kürzung der Zuteilungsmenge für die Stromunternehmen werde nun nochmals verschärft, weil der Staat einen Teil der Zertifikate verkaufen will. «Für die Stromunternehmen wird es dadurch insgesamt zu einer Kürzung der Zuteilungsmenge um mehr als ein Drittel kommen, während es für die übrige Wirtschaft lediglich um ein Minus von einem Prozent geht», erläuterte Meller. Diese Benachteiligung der Elektrizitätswirtschaft widerspreche

sowohl dem Grundsatz der Gleichbehandlung als auch dem Verursacherprinzip. (VDEW/k)

## Stopp-Atom-Allianz für eine Zukunft ohne Atomenergie

Die Gegnerinnen und Gegner der Atomenergie in der Schweiz werden aktiv. Die Schweizerische Stromwirtschaft drängt auf den Bau eines neuen Kernkraftwerks. Greenpeace Schweiz hat deshalb die Exponenten der Anti-AKW-Bewegung und weitere Organisationen, die eine AKW-freie Schweiz befürworten, zur Bildung einer Stopp-Atom-Allianz eingeladen. Das erste Informationstreffen fand am 25. Juni in Bern statt.

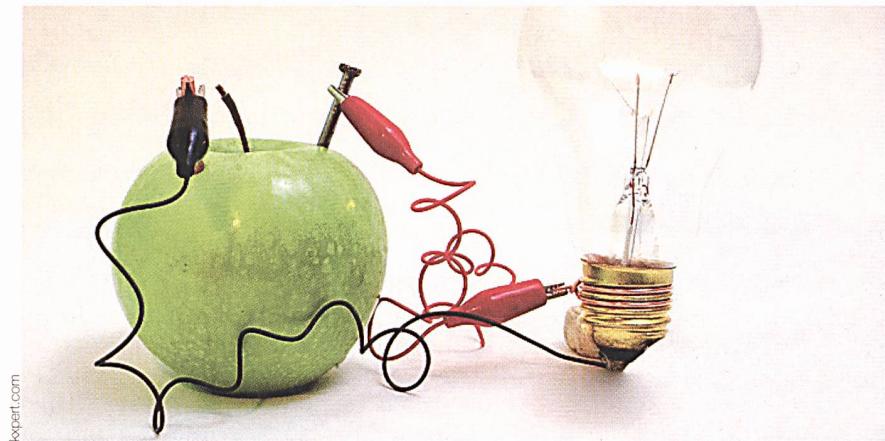
Hauptziel der Stopp-Atom-Allianz ist, den Bau neuer Atomkraftwerke in der Schweiz zu verhindern. Die Allianz will die Probleme, Risiken und Sicherheitsmängel der Atomkraft ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen. Atomkraft sei veraltet, gefährlich und unwirtschaftlich. Sie verstärke die Abhängigkeiten von ausländischen Ressourcen, sei ineffizient und nicht erneuerbar. Die Atomenergie sei keine Lösung – weder für die Stromversorgung der Schweiz noch für den Klimaschutz. (Greenpeace/k)

A portrait of Bundesrat Moritz Leuenberger, a man with grey hair and a suit, smiling. To his right is a yellow sticky note with a black border containing a quote in French. Below the portrait is a caption in German.

«Je rigide die staatlichen Vorschriften sind, desto mehr technologische Innovation wird freigesetzt.»

Bundesrat Moritz Leuenberger in der Handelszeitung vom 4. Juli.

## Umweltbewusstsein in der Energiebranche steigt



Stockxpert.com

In der Energiebranche gehen vermehrt grüne Lichter auf.

In der Energiebranche findet derzeit ein grosses Umdenken hin zu effizientem Energieverbrauch und verstärktem Einsatz sauberer Treibstoffe statt. Zu diesem Resultat kommt die weltweite Studie «Energy and Efficiency: Utilities Global Survey 2007» von PricewaterhouseCoopers (PwC), welche zum neunten Mal erscheint. Laut Studie stehen Energieeffizienz, erneuerbare Energiequellen und Kernenergie zuoberst auf der Agenda der Führungsetagen. Weltweit

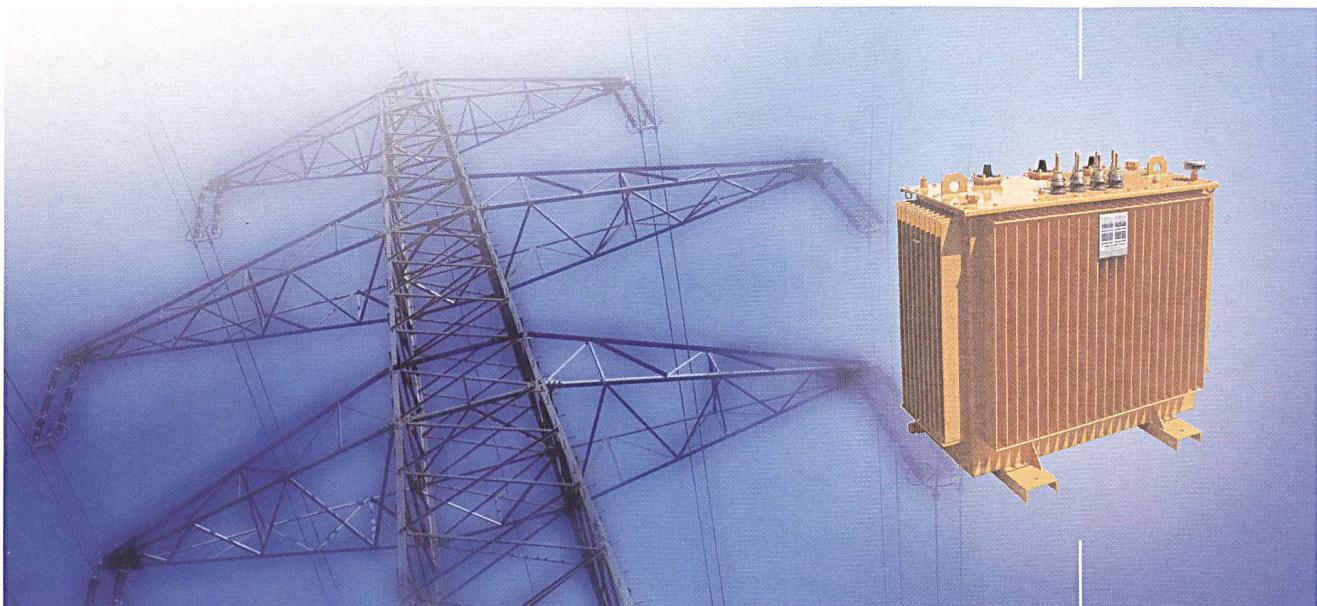
erwarten Energiebetriebe in den kommenden fünf Jahren, dass saubere Wind- und Nuklearenergie Marktanteile gegenüber Kohle und Gas gewinnen werden. Im Hinblick auf Energieeffizienz setzen die befragten Unternehmensvertreter in erster Linie auf den Endverbraucher. Wie die aktuelle Diskussion um die CO<sub>2</sub>-Abgabe in der Schweiz zeigt, wird auch hierzulande beim Klimaschutz verstärkt an den Endabnehmer appelliert.

Weltweit erwarten Energieversorgungsunternehmen eine zunehmende Bedeutung von Wind- und Nuklearenergie. Während im Vorjahr Windenergie von nur 17% und Kernenergie von 19% der Befragten als Energiequelle genannt wurden, sprechen sich im Jahr 2007 bereits 48% für Wind- und 45% für Nuklearenergie aus. (PwC/k)

## Appell des Normen-Gremiums an Experten aus aller Welt

Die IEC, das Weltgremium für Normen betreffend die elektrische Energie, sucht gegenwärtig Experten aus der ganzen Welt, um internationale Normen für eine Technologie zur Gewinnung von Energie aus Wellen und Gezeiten auszuarbeiten. Die Experten sollen dabei helfen, diese vielversprechende Quelle erneuerbarer Energie als eine wettbewerbsfähige Form der Erzeugung elektrischer Energie zu etablieren.

Unter den Experten erwartet man solche aus Privatunternehmen, die mit der Technologie der Energiegewinnung aus Wellen und Gezeiten befasst sind, sowie Vertreter von Regierungen und Endnutzergruppen. Weitere Informationen: [www.iec.ch/zone/renergy/](http://www.iec.ch/zone/renergy/) (IEC/k)



**Die einfache Lösung für Ihr NISV-Problem  
– wir reduzieren die Felder an der Quelle  
auf ein Minimum.**

**RAUSCHER  
STOECKLIN**

Rauscher & Stoecklin AG  
Reuslistrasse 32, CH-4450 Sissach  
T +41 61 976 34 66, F +41 61 976 34 22  
[info@raustoc.ch](mailto:info@raustoc.ch), [www.raustoc.ch](http://www.raustoc.ch)